

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: Für Leipzig und Vororte monatlich 1,50 Mk., für den Rest des Reichs 1,75 Mk., für Ausland 2,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 5 Pf. (Postgebühren eingeschlossen).
Für den Rest des Reichs monatlich 1,75 Mk., für Ausland 2,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 5 Pf. (Postgebühren eingeschlossen).
Für den Rest des Reichs monatlich 1,75 Mk., für Ausland 2,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 5 Pf. (Postgebühren eingeschlossen).

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Volksrates der Stadt Leipzig, die Kreisverordnungen Leipzigs, sowie verschiedene andere Nachrichten.

Anzeigenpreis: Für die erste Spalte 1,00 Mk., für die zweite Spalte 0,75 Mk., für die dritte Spalte 0,50 Mk., für die vierte Spalte 0,25 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Für die erste Spalte 1,00 Mk., für die zweite Spalte 0,75 Mk., für die dritte Spalte 0,50 Mk., für die vierte Spalte 0,25 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Für die erste Spalte 1,00 Mk., für die zweite Spalte 0,75 Mk., für die dritte Spalte 0,50 Mk., für die vierte Spalte 0,25 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).

Nr. 515

Mittwoch, den 3. November

1920

Harding und wir

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika fand am 2. November die Präsidentenwahl statt. Es war zu erwarten, daß sie für die Demokraten, die Partei Wilsons, ungünstig ausfallen würde, einen Sieg aber von dem Umfang des tatsächlich errungenen hat man den Republikanern nicht zugerechnet. 57 Prozent aller Stimmen hat Harding, der republikanische Kandidat, auf sich vereinigt, ein Ergebnis, das die Union noch nicht gesehen hat.

Es hat uns in früheren Jahren immer ziemlich kalt gelassen, ob in Amerika der Demokrat oder der Republikaner zum Zuge kam. Im Volke gab man sich kaum die Mühe, über den Unterschied zwischen diesen beiden Parteien, der nach landläufigen deutschen Begriffen gar nicht vorhanden sein konnte, nachzudenken. Und auch die Außenhandelskreise nahmen an dem Sieg oder der Niederlage der kräftigeren Schutzzölle nicht jenen Anteil, den man heute allgemein für die amerikanischen Präsidentenwahlen aufbringt. Was in Deutschland interessierte, war mehr das Wahlgeschäft, die Arbeit der riesenhaften Maschine, das skrupellose Treiben der Wahlmanager, die aufgewendeten Millionen, die Korruption und ähnliche Dinge. Damals kannten wir ja in Deutschland solche Wahlmethoden und Wahlmanieren noch nicht; heute sind wir auch bei uns — fortgeschrittener.

Die Person des Kandidaten fesselte weniger, war sie nicht gerade, wie das bei Roosevelt der Fall war, auch in Deutschland bekannt. Das kam daher, weil es Gepflogenheit war, daß sich die Präsidentschaftskandidaten von der Wahlmaschinerie zurückhielten. Sie begnügten sich, mit einer Art Volksschaft an die Öffentlichkeit zu treten; die Wahlplakate bereitete der Manager vor und leitete sie. Barnum und Bailey waren vorbildlich für die Reklame, die diese Manager machten; das Geld gaben Syndikate und Gesellschaften, denn die Wahl entschied über wichtige Finanzfragen: Zolltarife, Handelsverträge und das Tempo der sozialen Gesetzgebung. Erhebliche Beiträge wurden auch von den höheren Beamten erhoben; sie gaben sie gern, denn der Sieg des Kandidaten der Gegenpartei brachte den Verlust der Stellung für die Beamten mit sich. In der letzten Zeit sind nun auch die Kandidaten in die Wahlplakate gestiegen; der ewige Bryan war der erste, der das tat. Die grotesken Formen, die sich der Wahlkampf in Amerika annimmt, die persönliche Verunglimpfung, die das mäßige Staatsverhältnis dabei erfährt, g. fährden nur nach deutscher Ansicht sein Ansehen. In Amerika ist man vorurteilslos, was schon daraus hervorgeht, daß die mit allen Mitteln, mit Bestechungen, Drohungen und Fälschungen, arbeitenden Manager in der Regel nach einem Siege ein hohes Staatsamt sich reservieren lassen.

Als 1916 Wilson im Wahlkampf stand, war zum ersten Male in Deutschland die Anteilnahme groß. Wilson, das schien ein über Parteilich und Völkern stehender Charakter zu sein, dem man auch die Anwendung der amerikanischen Wahlmethoden nicht verdachte.

Und als er gewählt wurde, mit nur knapper Mehrheit, da hoffte mancher in Deutschland (auch auf den Banken der Rechten sehen solche), daß er die gewaltige Macht, die ihm in die Hände gelegt wurde, für den Frieden nützen werde. Wir fragen unser Maß an Mißtrauen, wenn wir einige Monate später Amerika in den Reihen der Feinde sehen, gewiß: Wilson aber hat schon damals ein doppeltes Spiel gespielt, indem er versuchte, zwischen seinem Menschheitsglauben und dem amerikanischen Handelsimperialismus einen Zusammenklang zu finden. Ohne Frage ist er als ehrlicher Idealist an diese Arbeit herangegangen, das hat sein wiederholtes späteres Aufstöhnen noch bewiesen. Aber er war doch nicht vorurteilslos und menschenklar genug, die europäischen, wie vor allen Dingen die deutschen Verhältnisse so sehen zu können, wie sie waren; er ließ sich die Anlagen von der Zeit und Lüge richtig zu benennen, die da auf allen Gassen predigte, Amerika freie in den Krieg, nur, um die bedrohte Kultur zu retten. Er tat nicht nur nicht das, er beugte sich den Forderungen der Dollarherrscher und lag mit ihnen. Als er sich noch einmal aufreckte und seine vierzehn Punkte in die Welt streute, strömte ihm erneut das Vertrauen zu. War er in diesem Augenblick ein Betrüger? Wohl schwerlich! Er hat wahrscheinlich geglaubt, dem stärksten Geschehen einen einigermaßen menschlichen Ausklang geben und vor der Geschichte seine und Amerikas Sünden sühnen zu können. Das dürfte er hoffen, denn das amerikanische Volk hätte ihm die Gefolgschaft schwerlich verweigert; war man doch drüber mit dem Erreichten zufrieden. Nicht aber war man das in Europa; hier hiß die Parole, aus dem zu Boden Gesungenen das Letzte herauszuholen. Wilson hoffte wieder die europäische Weltlichkeit verkannt und er war wieder zu Charakterstumpfheit, den Clemenceau und Lloyd George sich widersehen zu können. Von Stund an war er nicht bloß für die Westleren erledigt, als Mensch und als Staatsmann; er war es auch für Abertausende Amerikaner, denn durch die erneute Verstrickung in die europäische Händel wuchs die Abneigung immer mehr. Mag sein, daß die Aufklärungen, die man inzwischen auch in Amerika über die wahren Triebkräfte im Weltkrieg und beim Friedensschluß bekommen hat, dazu beigetragen haben, die Wilson-Begner zu mehren; die Hauptursache war aber amerikanische Realpolitik, und die hieß: Los von Europa! Die Gegenfrage im Senat und Kongress (die Weigerung, den Pakt von Versailles zu unterzeichnen) beweisen das zur Genüge. Am besten bewies es die wachsende Macht der Republikaner.

Wichtig Prozent der Stimmen hat Harding, der neue Mann, auf sich vereinigt. In den Rest muß sich der Demokrat Co. J. Wilsons Kandidat, noch mit dem Sozialisten Debs und dem Gouvernandier Christensen teilen. Amerika billigt also die politischen Pläne Hardings. Von diesen Plänen interessieren uns vier: Friedensvertrag, Völkerverbund, Europa-Politik, Handelsfragen. Bevor wir sie betrachten, sei betont, daß man sie von Amerika aus gegen Europa setzen muß, nicht, wie das der Deutsche in solchen Dingen leider

Hardings glänzender Sieg

Ueberwältigende Mehrheit der Republikaner

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. November.

Die amerikanische Präsidentenwahl, die gestern stattgefunden, hat mit einem glänzenden Siege der Republikaner Harding beendet. Er hat über 80 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt. In der New Yorker Wahlzelle wurde sein Sieg sogar mit 93:1 bemerkt — ein noch nie dagewesener Rekord für einen Präsidentschaftskandidaten. Aus den weislichen Staaten schienen die Ergebnisse zur Stunde noch, doch dürfte sich auch dadurch das Gesamtergebnis nur wenig verändern. Den Ausschlag bei der Wahl dürften die Frauen gegeben haben, die in Anlehnung an das erste Male von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnten und bei denen namentlich das energische Eintreten der Republikaner für das Antialkoholgesetz entscheidend gewesen sein soll. Von der kommunistischen Partei waren in New York zahlreiche Plakate angeheftet worden, in denen die Arbeiter aufgefordert wurden, die für sie wertlose Präsidentenwahl durch einen Streik zu sabotieren.

London, 3. November.

Man beschäftigt sich bereits mit der Bildung des neuen amerikanischen Kabinetts und nennt Hoover, den früheren Präsidenten des Ernährungsamtes, als Minister des Innern. Die Berufung Root's für das Auswärtige Amt ist noch fraglich; für diesen Posten kann auch Hill, der frühere Vizepräsident in Berlin, in Betracht kommen. Als neuer Vizepräsident in London gilt Bryan Hogg, der frühere Vizepräsident in Paris.

Amsterdam, 2. November.

Neuer meldet aus Habana: Aus Anlaß der Präsidentenwahl ist es an verschiedenen Orten zu Kämpfen gekommen, bei denen acht Personen getötet wurden.

Der Eindruck in Berlin

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. November.

In politischen Kreisen mißt man der Wahl des Republikaners Harding zum amerikanischen Präsidenten, die nach den letzten Funkprüchen geschätzt ist, insofern Bedeutung bei, als das amerikanische System, das Wilson einführt, durch Harding wohl nicht gebrochen wird. Harding ist Stoßamerikaner, und wenn er auch die 14 Punkte Wilsons nicht unterstützen wird, so weiß man doch, daß Harding die deutschen Interessen eher acht lassen und sich anstatt mit europäischen Fragen zunächst mit inneramerikanischen Fragen beschäftigen wird.

Abstimmung der englischen Bergarbeiter

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. November.

In den meisten Grubenbezirken hat gestern die Abstimmung über die Bedingungen für die Beilegung des Grubenarbeiterstreiks stattgefunden. Die bisher bekanntgewordenen Ergebnisse zeigen eine große Mehrheit zugunsten der Annahme der vorgeschlagenen Regelungen. In Northumberland, Derbyshire, Durham, Nottinghamshire, Yorkshire und Midland, wo bei der Abstimmung vor drei Wochen eine große Mehrheit gegen das damals von der Regierung gemachte Angebot votanden war, ist jetzt von den Führern empfohlen worden, die Bedingungen anzunehmen. Südwestes, Lancashire und Chesire sind die einzigen Bezirke, wo den Grubenarbeitern empfohlen worden ist, die Bedingungen abzulehnen. Das Ergebnis von Schottland liegt noch nicht vor.

Schwere Niederlage der englischen Sozialisten

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. November.

Bei den englischen Gemeindevahlen erlitten die Arbeiterpartei eine schwere Schlappe. Die meisten der im vorigen Jahre gewonnenen Sitze gingen an die Bürgerlichen verloren. In Industriebezirken vieler Gemeinden und Städte fielen sämtliche Sozialdemokraten durch. Als Grund der Niederlage gilt vornehmlich der Umstand, daß diejenigen Sitze, in deren Gemeinderat die Sozialisten im letzten Jahre die Mehrheit errungen hatten, die höchsten Kommunalsteuern hatten.

* Kongress der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. In den Tagen vom 21. bis 24. d. M. findet in Essen der 10. Kongress der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands statt. Der Kongress wird die Aufgaben hantieren, nach denen die Christlichen Gewerkschaften das wirtschaftliche, soziale und politische Leben Deutschlands in der neuen Zeit geföhrt wissen wollen.

immer tut, von Deutschland aus. Bei allen diesen Angelegenheiten ist für Harding und die Seinen allein das amerikanische Interesse maßgebend, nicht das gute Herz für die Bedrückten. Wir haben lediglich darauf zu achten, ob solche amerikanische Politik nützlich für Deutschland gestaltet werden kann. Das herauszufinden, ist Sache unserer Politiker, Staatsmänner und der Presse. Uebertriebene Hoffnungen aber sind rechtzeitig abzujäten.

Es dürfte sich ergeben: Amerika unterschreibt den Friedensvertrag nicht, es erklärt einfach den Kriegszustand mit Deutschland für beendet. In den Völkerverbund, wie er jetzt geplant ist, tritt Amerika nicht ein, es strebt einen anderen, vollkommeneren Bund an (vollkommen aber vielleicht nur für amerikanische Zwecke). Von den europäischen Fragen zieht sich Amerika vollständig zurück. In Handelsfragen befolgt man eine Politik der höheren Schutzzölle. Befestigung der amerikanischen Schifffahrt durch Einschränkung des John-O-Seches, mit dem die europäischen

Der Reichspräsident über die Neugliederung Preußens

Dresden, 3. November.

Auf der hier tagenden sozialdemokratischen Bezirkskonferenz für Niederschlesien, die die Neugliederung Preußens behandeln soll, hielt der Reichspräsident eine Rede, in der er ausführte: Als Sozialdemokrat habe ich kein Interesse daran, das von den Hohenzollern zusammengeraubte, zusammengebrochene und zusammengebeiratete Preußen in seinem Bestande zu erhalten, weil wir heute einige preußische Minister stellen können. Mit der Reaktion der Zukunft werden wir besser fertig werden, wenn sie sich nicht auf das geschichtlich gewordene Preußen stellen kann. Die Revolution hat es verdammt, die deutsche Einheitsrepublik zu schaffen. Heute können wir keinen Teil Deutschlands mit Gewalt hindern, noch diejenige Lebensform zu suchen, die er wünscht. Wir müssen unfererseits in der Neugliederung des Reiches nach kulturellen Gesichtspunkten vorangehen, die zu einer freiwilligen Einheit führt. In Oberschlesien ist die Entscheidung in die Hand Oberschlesiens selbst gelegt, wo 80 Prozent der Bevölkerung Arbeiter sind. Ob Schlesien eine besonders ober-schlesische oder eine gesamt-schlesische Autonomie wünscht, werden die Schlesier in den zwei Monaten nach der Wahlentscheidung für Deutschland selbst zum Ausdruck bringen.

Der Reichspräsident von Oberschlesien Zimmer, ging dann noch auf die Frage ein und behauptete, die Frage in Schlesien arbeite auf eine gemächliche Auseinanderlösung hin. In der Verwaltung wachse die reaktionären Widerstände. Die Dreigeschulte wagen Regierungslente in Telegrammen sogar zu bedrohen.

Ein neues deutsches Wirtschaftsprogramm

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 3. November.

Ein neues Wirtschaftsprogramm wird vom Reichswirtschaftsministerium anläßlich der zehnten Einberufung des Reichstags unterbreitet werden. Es soll sich dabei um eine Reihe von wichtigen Erbkissen auf wirtschaftlichem Gebiet handeln, die von einander abhänger Wirkung auf unser gesamtes Wirtschaftsleben sein werden.

In der kommenden Woche wird der Reichstag gemäß den Beschlüssen des Reichsrates keine Sitzungen abhalten, um dem Haushaltsauschuß Zeit für seine Beratungen zu lassen.

Berlin, 3. November.

Die Reichstagsabgeordneten Dr. Graf von Bernstorff, Colbhorn, Sievers und Alpers haben in einer Frage darauf hingewiesen, daß im vorläufigen Reichswirtschaftsrat kein niederschlesischer Industrieller, kein Arbeitgeber des Groß- und Kleinhandels Hannover's Poth gefunden habe und eine Regierungserklärung darüber verlangt, ob die Regierung bereit sei, dahin zu wirken, daß bei der Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates eine wesentliche Vertretung der territorialen Ebene erfolge, so daß jedes natürliche Wirtschaftsgebiet des Vaterlandes, insbesondere auch Niederschlesien, die seiner Bedeutung zukommende Vertretung finde.

Die Einziehung des Reichsnotpapiers

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. November.

Wie wir aus dem Finanzministerium erfahren, ist die Vorlage über die Einziehung des Reichsnotpapiers fertiggestellt und wird voraussichtlich morgen oder übermorgen dem Reichstag zugehen. Es ist beabsichtigt, vorläufig 40-50 Prozent des Reichsnotpapiers einzuziehen, doch will man den Beteiligten Erleichterung in der Leistung der Zahlung gestatten und Abtragung der Verpflichtungen in zwei Raten zulassen. Viele Teilbeträge sollen schon in den nächsten drei Monaten eingezogen werden. Es handelt sich vorläufig dabei um den Referentenentwurf, der erst noch dem Reichskabinett vorgelegt werden muß. Die Annahme, daß die Vorlage in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen soll, ist nicht dahin aufzufassen, daß bereits mit einem bestimmten Tage sofort gerechnet werden kann. Man hofft, durch die Einziehung des Reichsnotpapiers möglichst große Beträge in die Kasse des Reiches zu ziehen. In zweiter Linie spielt auch die Absicht mit, der Inflation entgegenzuarbeiten.

Neue Gehaltsforderungen der Eisenbahner

Frankfurt a. M., 2. November.

Der Reichsverkehrsminister hat dem wirtschaftlichen Verband der Eisenbahner zur Beschaffung von Wintervorzügen Vorläufe zur Verfügung gestellt, woran er die Bedingung der Rückzahlung bis spätestens 31. März 1921 gestellt hat. Die im deutschen Eisenbahner-Verband organisierten Eisenbahner aus Frankfurt, mehr als 10 000, haben die Vorläufe abgelehnt und fordern entsprechende Gehaltsvorläufe.

Reedereien schwer geschädigt werden. (Die John-Akte sieht u. a. große Frachtermäßigungen der amerikanischen Eisenbahnen für alle Waren vor, die mit amerikanischen Schiffen ankommen.) Wir werden augenblicklich nicht so sehr davon getroffen, da wir keine Schiffe haben. Aber die erhöhten Schutzzölle treffen uns: unser Handel mit Amerika hat sich gewaltig gehoben, die Ausfuhr aus Amerika hat sich in dem letzten Jahr verdoppelt, die Einfuhr aus Deutschland verdreifacht. Sie betrug über 45 Millionen Dollar.

Wir sehen in Amerika eine Politik kommen, die zwar eine vollständige Abkehr von Wilson bedeutet, deshalb aber keine Erleichterung einer chinesischen Mauer um Amerika. Die Union will vielmehr alle ihre Kräfte konzentrieren, um imperialistische Pläne (zunächst auf handelspolitischem Wege) wirksamer verwirklichen zu können. Sie muß dabei bei den Mächten der alten Welt früher oder später ansetzen: aus diesen Gegenden und Reibungen Kräfte für Deutschland ziehen zu können, ist unsere Hoffnung; darauf uns einzustellen, ohne es groß zu betonen, unsere Aufgabe.

Wege zur Sparsamkeit

Von Reichsfinanzminister a. D. Colpehn.

Die Werk Wilhelmshaven ist nach Abweisung der kleineren Rüstinger Anlagen dem Reichswehrministerium unterstellt geblieben. Zur Unterhaltung unserer kleineren Flotte, auf die völlig zu verzichten sich das Kabinett in seinen Gegenüberungen zum Versailler Friedensvertrag erboten hatte, werden dort mit einem Etat von Hunderten von Marineoffizieren und tausend Beamten und Angestellten 7000 Menschen beschäftigt. Allerdings hat die Reichswehr für private Rechnung zu an sich schon viel zu niedrigen Preisen ein paar Handelsdampfer und Fischereifahrzeuge zu bauen übernommen, jetzt bei ihren Arbeitsmethoden dabei aber unnützlich Geld zu. Es ist höchste Zeit, daß derartige Betriebe nicht länger in Reichsregie belassen werden.

Die Sucht, alles zu „organisieren“, hat zu einer gefährlichen Ueberorganisierung geführt. In den Ministerien wie bei den Provinzialbehörden wird ein Verdrängen nach dem anderen angestellt. Keiner will Hilfsarbeiter bleiben, jeder vorrückender Rat werden. Und wer letzteres ist, sucht sich möglichst viel Beförderungsmöglichkeiten an, damit die Abfertigung so groß wird, daß er zu einem Ministerialdirektor gemacht werden muß. Das Reich hat zu seinen Aufgaben übernommen, die bisher von den Ländern erfüllt wurden, für die diese auch weiter zuständig bleiben. Das gibt eine Doppelbelastung, die an sich bedenklich, vor allem aber sehr kostspielig ist. Und wo das Reich diese Aufgabe selber lösen muß, entschließen sich die Länder nicht, ihren Beamtenstab zu verringern.

Mit dem vorübergehenden Kommandowahlrecht, das in den Großstädten die Sozialdemokraten verschiedener Artungen an die Macht gebracht hat, die namentlich ihre, häufig völlig unangehörigen Leute in die wichtigsten Posten setzten, sind die Verhältnisse für viele städtische Beamte unhaltbar geworden; sie verlangen Gehaltssteigerungen zu erlangen. Und da es sich meist um lächerlich kleine Beträge handelt, ist man nur zu bereit, ihren Wünschen zu entsprechen.

Durch Vereinigung der Stenergesehe, durch Rückübertragung gewisser Funktionen an Länder und Gemeinden läßt sich eine Menge von Beamten sparen. Der Reichsfinanzminister wird aber auch gut tun, in seiner eigenen Verwaltung einmal eine sorgfältige Prüfung vorzunehmen, ob mit der Einstellung neuer Beamten nicht das notwendige Maß überschritten werden ist. In einem unabweisbaren Apparat ist das Reichsministerium für Finanzen anzuschließen. Das Bestreben, alles zu regimentieren, zu organisieren, zu kasualisieren, erfordert einen riesigen Etat von Hilfskräften. Mit dem Abbau der Zwangswirtschaft wird zwar fortgeföhrt, aber neue Gebilde lauchten auf, während andere verschwinden. Der Geist der Bürokratisierung und Bevormundung des Wirtschaftslebens will aus ihm nicht weichen. Die Feindschaft gegen die freie Wirtschaft ist nun einmal dem dortigen Beamtenhörer im Blut, und jeder Department im Ministerium macht Dutzende von Beamten und Angestellten in den unteren Instanzen notwendig.

Das gilt auch vom Reichsfinanzministerium. Die Ursache, welche durch Krieg und Revolution in die ganze Arbeitnehmerschaft gekommen ist, macht diesem Ministerium unabweisbar viel Arbeit und erfordert ein immer größerer Heer von Beamten und Angestellten. Wie waren zudem die Anforderungen nach der Schaffung von Wohlfahrtsleistungen so groß, wie Deutschlands so wenig in der Lage, sie zu erfüllen. Um so mehr wird darüber geschrien und verhandelt, um so mehr Beamte braucht man. Wir könnten viel mehr sparen, wenn die Verhandlungen über den Neubau von Versorgungsanstalten nicht so unendlich viel Zeit in Anspruch genommen hätten.

Das unabweisbare Defizit ist nicht nur auf die viel zu vielen, im Reichswehr beschafften Arbeitskräfte zurückzuführen, sondern auch auf die verkehrte Arbeitszeit, verminderte Arbeitsleistung und die unabweislich sich heinenden Lohn- und Gehaltsansprüche. Wenig Beamte, die fleißig arbeiten, aber auch anscheinlich bezahlt werden!

Besichtigungsfahrt der internationalen Gewerkschaftskommissionen

(Eigener Drahtbericht)

Wohum, 3. November.

Die Kommission des internationalen Gewerkschaftsbundes begab sich heute von Essen nach Wohum. Hier sollte sie sich mit dem Vertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Verbindung und nahm gewisse Interesse an allen für die Bergleute geschaffenen Einrichtungen. Es wurde auch eine Einsicht in einen Schachtbetrieb gemacht. Die Gewerkschaftler verteidigten es, ein Wortwort abzugeben. Von deutscher Seite gab man ihnen jede gewünschte Auskunft und ersuchte ihnen eine angemessene Darstellung der Verhältnisse. Es wurde dabei betont, daß auch die Gewerkschaften alles für die Erfüllung des Spaar Abkommens tun werden und nicht die Streiks, Tausche usw. zu verhindern suchen. Eine Besichtigung des Ruhrgebietes ist bei Unbilligkeit, was gesehen wurde. Dieser Ansicht gab auch die internationale Gewerkschaftskommission Ausdruck. Von französischer Seite wurde betont, daß die französischen Arbeiter gegen eine Verletzung des Ruhrgebietes seien. Man habe großes Interesse daran, daß auch Deutschland am Wiederaufbau Frankreichs mitwirde. Es treffe nicht zu, daß Frankreich Ueberläufer an Kohlen habe. Die Arbeitslosigkeit sei in Frankreich genau so groß wie in Deutschland. In Paris seien 3. 2. 50 Prozent aller Arbeiter beschäftigungslos. Allseitig kam es zum Aus-

Drplid

Von Richard Weer.

Es steht über allem Zweifel fest, daß der Schwabe Edward Morthe niemals die kanarische Inselgruppe im Atlantischen Ozean gesehen hat. Aber etwas der Art — nur oberflächlich um einige Grade nördlicher, höher und höher — muß ihm vorgekommen haben, als er sein Land Drplid besah.

Um es gleich zu sagen: das beste der Kanarien blieb uns vorenthalten, wir haben nicht den Pio von Teneriffa. Einen ganzen Tag lang jöhnten wir nach ihm, ohne ihn zu finden. Überall hatten wir den See her, jagen über die Berge und geben sie wieder frei. Aber an dem Zentrum dieser Inselgruppe, dem Pio, blieben sie ausgeblieben zu diesen Ecken geballt und zu Vorgängen auseinanderzugehen hängen. Als wir in sehr rascher Fahrt, vom portugiesischen Küstenwind auf 18 Seemeilen in der Stunde gesteigert, auf Los Palmas losfahren, haben wir immerhin wenigstens die Konturen seiner Abhänge, so hell aufsteigend aus dem Meer, daß das Aussehen einer Fortkragung dieser Linie hinter den Wolkenvorhängen eine obenleuchtende Fernsicht ist, deren Phantasiegebilde die Wirklichkeit nicht entsprechen könnte. Aber dieser Berg soll ein alter Phantasie spottendes, aber alle Vorstellungsmöglichkeiten erhabenes Wunder sein, wenn er sich den von See kommenden in voller Größe und Molekül mit seinem Schneegipfel entblüht. Leider tut er das nur selten, und wir mußten für diesmal verzichten. Doch auch ohne den Pio ist der Anblick dieser Insel aus dem Meere wachsenden Bergsinn leidend und leidend genug. Sie sind etwas wie eine Welt für sich, eine Miniaturwelt zwischen Sonne und See. Die alles hat, was Menschenehre sucht sich nur wünschen kann, Schönheit und Reichtum in verlockendem Maße, und für den, der sie begreift, eine wundervolle Stille und Ruhe. Da bist, Drplid, mein Land, das ferne leuchtet ...

Eine Gesellschaft zur Ausbeutung durchziehender Fremder nahm aus im Hafen von Los Palmas auf der Insel Gran Canaria in ihre Arme, lehte uns zunächst in ein tolantes Motorboot, das plöblich zu einem Landungsboot floh, denn in ebenlo flinke Booten, die aus durch ein paar Straßen und Plätze der in manchen Teilen ganz entzückend vornehm bebauten Stadt in die Berge entführen. Das ganze Unternehmen sollte etwas Gewalttätiges an sich; nachdem man einmal seine teure Karte gelöst hatte, (von der ausnahmsweise der Marktreis angezogen werden soll: 270 Mark), wurde man nach einem fernliegenden, von Coos ausgehenden Plane herumgeführt, ohne im geringsten nach persönlichen Wünschen gefragt zu werden. Ein ganz bestimmtes Programm wurde schonungslos durchgeföhrt. Wir hatten gerade vor dem Ankommben auf dem Schiff gelacht, so gut und reichlich, wie es der koninklische Hollandische Land seinen Passagieren angeben zu lassen pflegt; aber schon nach einer ganz kurzen Fahrt bergwärts sollte wieder gefächelt werden, weil es so auf dem Programm stand. Es war den ersten schwer klarzumachen, daß wir in unterm nächsten Zustand versinken wollten. Die Fahrt danach aber wurde wunderbar. Unten im Rostenrich war

druck, daß es nur völlige Solidarität aller Völker Europas werden könne. Die Nichtbefreiung des Ruhrgebietes sei eine unbedingte Voraussetzung für die Wiederaufhebung der Arbeitslosigkeit und zur Lösung der Produktion. In diesem Sinne solle die gesamte Arbeitnehmerschaft und die Öffentlichkeit von den dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Ländern aufgeklärt werden. Von Wohum begibt sich die Delegation nach Dortmund zur Besichtigung der Union-Werke und von dort nach Berlin, um mit den Führern der deutschen Arbeiterschaft die Beratungen fortzusetzen.

Die Lieferungen von 2 Millionen Tonnen Kohlen, die nach dem Spaar Abkommen monatlich an die Entente zu liefern sind, sind im Monat Oktober voll zur Ablieferung gelangt.

Die Klage Dr. Cohns abgewiesen

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Wienstag morgen trat zum ersten Male das neu eingerichtete Wahlprüfungsgericht des Reichstages zusammen. Vorsitzender des Gerichts ist der Abg. Spahn (Ztr.). Als Beisitzer aus Abgeordnetenkreisen fungieren der Reichsjustizrat Fischer und der Demokrat Brodau. Die beiden Berufsrichter werden vom Reichsgericht in Leipzig gestellt. Es sind die beiden Reichsgerichtsräte Cornelius und Kalluhn. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der Protest des Abg. Cohn wegen der Ungültigkeitserklärung seiner Wahl, die bekanntlich dadurch hervorgerufen wurde, daß nicht er, sondern seine Gattin die Zustimmung zur Wahlannahme gab, solange er selbst im Ausland weilte. Die Verhandlungen des Gerichts sind öffentlich. Es werden zunächst eine Reihe von Zeugen anrufen. Der Unabhängige Cohn vertritt den von ihm eingebrachten Standpunkt. Der Wahlprüfungsamtpräsident gesteht nachmittags die Entscheidung des betreffenden Wahlkommissars, der die Wahl Dr. Cohns bekanntlich beantragt hatte, weil nicht Dr. Cohn persönlich die Annahme der Kandidatur unterzeichnet hatte, sondern seine Frau.

Die oberösterreichische Autonomieerklärung im preußischen Kabinett

(Eigener Drahtbericht)

In der gestrigen Sitzung des preußischen Kabinetts wurde nach eingehenden Erörterungen beschlossen, an der Frage der Autonomieerklärung für Oberösterreich einen Standpunkt einzunehmen, der sich mit der Entscheidung der Reichsregierung deckt. Die Kommission für die Klärung der Verhältnisse des Reiches trat heute vormittag 11 Uhr im Reichsministerium des Innern zur Konstituierung zusammen. Den Vorsitz führt Graf Rüdern.

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei

(Eigener Drahtbericht)

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in München hat sich heute geschlossen. Die Deutschnationale Volkspartei erhebt gegen das beabsichtigte Autonomiegesetz für Oberösterreich entschiedenen Widerspruch. Eine Lösung von Preußen wäre ein Unglück für Oberösterreich und keine Wohltat. Nur als Oberösterreich würde Oberösterreich glücklich sein, nur als Preußen würden die Oberösterreicher in Deutschland die Stellung einnehmen, die ihnen geböhrt.

Ein dritter diplomatischer Vertreter für Bayern

(Eigener Drahtbericht)

Da die italienische Regierung einen Diplomaten als Generalkonsul nach München geschickt hat, hat England, wie in hiesigen diplomatischen Kreisen berichtet wird, nunmehr beschlossen, einen Generalkonsul mit diplomatischer Vollmacht nach München zu senden. Als Generalkonsul ist Mister William See ds, der erste Sekretär der englischen Botschaft in Venedig, ausersehen. Er wird seinen Posten in allerhöchster Zeit antreten. Damit hat Bayern drei diplomatische Vertreter, und zwar von Frankreich, Italien und England. Frankreich hat entgegen der Reichsregierung mit der Entsendung eines diplomatischen Vertreters nach Bayern begonnen, Italien folgte, und es war ganz selbstverständlich, daß sich England nicht länger mit einer rein konsularischen Vertretung begnügen würde.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Avignon

(Eigener Drahtbericht)

Die deutschen Kriegsgefangenen in Avignon. Dr. Freiherr von Lersner und Dr. Stresemann haben im Reichstag in einer Anfrage um Aufklärung gebeten, welche Schritte die Reichsregierung unternehmen habe, um das lächerliche Los der noch in Frankreich (Avignon) zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu erleichtern und ihre Freilassung zu bewirken.

Ein Ausschuss zur Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland

(Eigener Drahtbericht)

Ein Ausschuss zur Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland. In München hat sich ein Ausschuss gebildet, der private Sammlungen schaffen will, um die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland zu befreien. Bei der ersten Versammlung teilte Graf Monteleone, der sich als Pferdeputzer in Moskau durchgedrückt hat und sich nach der Heimkehr retten konnte, mit, daß in Samara von 15 000 Kriegsgefangenen 11 000 am Flechttypus gestorben sind.

Kommunistischer Parteitag

(Von unserer Berliner Schriftleitung)

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des kommunistischen Parteitages berichtet Thomas (Wagner) über die Entscheidung der Resolution in Bayern. Er erinnerte an die Adressierung, deren Sturz den Zusammenbruch der ganzen revolutionären Bewegung Deutschlands mit sich brachte. In Bayern lagen jetzt die Verhältnisse so, daß es unmöglich sei, irgendwelche revolutionäre Propaganda zu treiben. Für die notleidenden und parteibedürftigen Parteigenossen Bayerns müsse eine Hilfe aus dem ganzen Reich organisiert werden.

Dr. Levi betonte dann in längeren Ausführungen, daß man im Kampfe gegen die Herrschaft nicht nur die legalen, sondern auch die illegalen Mittel ergreifen müsse. Gegenüber den Proletariats aller Parteien müsse man Rücksicht haben, aber mit aller Kraft müsse sich gegen die Führer dieser Parteien wenden. Größere Schwierigkeiten bei der Vereinigung mit dem linken Flügel der U. S. P. seien nicht vorhanden. Der rechte Flügel habe sich zwar offiziell zu den Menschevisten bekannt, doch sei ohne Frage auch in dieser Partei die Proletarie, die diesen Beschluß nicht anerkannt hätten. Auch die Möglichkeit einer Wiedervereinigung der K. U. P. D. und der A. P. D. gegeben. Die vereinigten kommunistischen Parteien Deutschlands müßten sich so ausbreiten, daß kein Platz mehr für die anderen Parteien vorhanden sei. Die Aufgabe der Gegenwart und Zukunft liegt darin, das gesamte deutsche Proletariat der kommunistischen Partei Deutschlands zuzuföhren.

Hierauf nimmt der Neukommunist Käutig Stellung zu den Ausführungen Thalheimers und Levi, mit denen er in allen wesentlichen Punkten übereinstimmt. In erster Linie sei es notwendig, mit dem alten Fehler der Sozialdemokratie aufzuräumen, daß die auswärts Politik für die Arbeiter ein Buch mit sieben Siegeln sei. Wohlwille auf diesem Gebiet sei unerlässlich. Es komme jetzt weniger darauf an, recht viele Mitglieder zu werben, als die Qualität der Mitglieder zu steigern.

Die Diskussion über die Rekrutierung Thalheimers und Levi eröffnete Frau Sturm-Kiel. Sie wies auf die einflussreiche Stellung der Frauen im revolutionären Kampf hin. In Deutschland sei dieser Gedanke bisher noch nicht genügend durchgedrungen. Tausende von Frauen, die jetzt aus der U. S. P. D. austreten, müßten man gewinnen und mit kommunistischem Geiste erfüllen. Die Revolutionserwartung der Frau soll auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages, des sogenannten Diskussionsparteitages, gesetzt werden. In der weiteren Diskussion wird von Rednern darauf hingewiesen, daß im kommenden Winter durch die reaktionären Organisationen Kämpfe entstehen werden, daher sei anhaltende Arbeit dringend notwendig. Die parlamentarische Vertretung war, abgesehen von der ersten Rede Clara Jellins, unzureichend. Hungerlöhne von 70-80 M. wöchentlich seien an der Tagesordnung. Tausende von Kindern sterben. Man müsse versuchen, Konzepte zu erzeugen und die Sache zum Klappen zu bringen. In Bayern herrsche unvermindert der weiße Schrecken. Pläne werde in nächster Zeit wieder in das heilige rote Rußland einmarschieren müssen. Gerade die Kriegsbeschädigten sollten hier in Deutschland zum Kampfe aufgerufen werden, damit auch sie das Epitaphium finden, das sie in Rußland längst erwartet.

Ausbau des Funkenpressedienstes

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung)

Der deutsche Funkdienst wird bekanntlich jetzt weiter ausgebaut, wobei besonders auch die Verbindungsmöglichkeit im Inland vergrößert wird. Ueber kurz oder lang wird er auch mehr in den Dienst der Presse gestellt werden, um Telefon und Telegraph zu entlasten und für andere Zwecke freizubekommen. Schon seit einiger Zeit werden, wie wir hören, eingehende praktische Untersuchungen und Übungen angestellt, um die Presse von einer Zentralfstelle aus mit Nachrichten aus dem In- und Ausland zu versorgen. Dieser Funkenpressedienst verfügt bereits über eine Anzahl Send- und Empfangsstationen, die sämtliche Nachrichten übermittelt haben. In Dresden befindet sich nur eine Empfangsstation, die von einer zentralen Sendestation Dresden aus empfangen wird. An dieser Stelle wird nun das M. W. T. U. und der „Dresdner Anzeiger“ angeschlossen, da die ganze Angelegenheit sich noch im Versuchsstadium befindet.

Triester Konkurrenz mit den Nordseehäfen

(Eigener Drahtbericht)

Triester Konkurrenz mit den Nordseehäfen. Am 10. November treten Vertreter der tschechoslowakischen und der italienischen Regierung in Triest zusammen, um die bereits angekündigten Verhandlungen zu eröffnen, welche die Verknüpfung des Triester Hafens zur Konkurrenz mit den Nordseehäfen bezwecken.

Die deutsche Kriegsgefangenen in Avignon

(Eigener Drahtbericht)

Die deutschen Kriegsgefangenen in Avignon. Dr. Freiherr von Lersner und Dr. Stresemann haben im Reichstag in einer Anfrage um Aufklärung gebeten, welche Schritte die Reichsregierung unternehmen habe, um das lächerliche Los der noch in Frankreich (Avignon) zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu erleichtern und ihre Freilassung zu bewirken.

Ein Ausschuss zur Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland

(Eigener Drahtbericht)

Ein Ausschuss zur Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland. In München hat sich ein Ausschuss gebildet, der private Sammlungen schaffen will, um die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland zu befreien. Bei der ersten Versammlung teilte Graf Monteleone, der sich als Pferdeputzer in Moskau durchgedrückt hat und sich nach der Heimkehr retten konnte, mit, daß in Samara von 15 000 Kriegsgefangenen 11 000 am Flechttypus gestorben sind.

Die deutsche Kriegsgefangenen in Avignon

(Eigener Drahtbericht)

Die deutschen Kriegsgefangenen in Avignon. Dr. Freiherr von Lersner und Dr. Stresemann haben im Reichstag in einer Anfrage um Aufklärung gebeten, welche Schritte die Reichsregierung unternehmen habe, um das lächerliche Los der noch in Frankreich (Avignon) zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu erleichtern und ihre Freilassung zu bewirken.

Ein Ausschuss zur Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland

(Eigener Drahtbericht)

Ein Ausschuss zur Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland. In München hat sich ein Ausschuss gebildet, der private Sammlungen schaffen will, um die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland zu befreien. Bei der ersten Versammlung teilte Graf Monteleone, der sich als Pferdeputzer in Moskau durchgedrückt hat und sich nach der Heimkehr retten konnte, mit, daß in Samara von 15 000 Kriegsgefangenen 11 000 am Flechttypus gestorben sind.

Die deutsche Kriegsgefangenen in Avignon

(Eigener Drahtbericht)

Die deutschen Kriegsgefangenen in Avignon. Dr. Freiherr von Lersner und Dr. Stresemann haben im Reichstag in einer Anfrage um Aufklärung gebeten, welche Schritte die Reichsregierung unternehmen habe, um das lächerliche Los der noch in Frankreich (Avignon) zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu erleichtern und ihre Freilassung zu bewirken.

Ein Ausschuss zur Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland

(Eigener Drahtbericht)

Ein Ausschuss zur Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland. In München hat sich ein Ausschuss gebildet, der private Sammlungen schaffen will, um die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland zu befreien. Bei der ersten Versammlung teilte Graf Monteleone, der sich als Pferdeputzer in Moskau durchgedrückt hat und sich nach der Heimkehr retten konnte, mit, daß in Samara von 15 000 Kriegsgefangenen 11 000 am Flechttypus gestorben sind.

Die deutsche Kriegsgefangenen in Avignon

(Eigener Drahtbericht)

Die deutschen Kriegsgefangenen in Avignon. Dr. Freiherr von Lersner und Dr. Stresemann haben im Reichstag in einer Anfrage um Aufklärung gebeten, welche Schritte die Reichsregierung unternehmen habe, um das lächerliche Los der noch in Frankreich (Avignon) zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu erleichtern und ihre Freilassung zu bewirken.

